

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 31.01./01.02.2019

#Barrierefreiheit

Landesfachstelle für Barrierefreiheit endlich einrichten

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, einen bereits gefassten Beschluss des Landtages unverzüglich umzusetzen, d.h. innerhalb der nächsten 3 Monate ein Konzept nebst Aufgabenkatalog zur Überleitung des ehemaligen Landeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit (LaKoB) in eine Landesfachstelle vorzulegen. Seit besagtem Beschluss ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, ohne dass wesentliche Schritte diesbezüglich unternommen wurden. Im Dezember 2018 hat das Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (LaKoB) endgültig seine Tätigkeit eingestellt. Derzeit gibt es also keine Anlaufstelle für komplexe Fragen zum Thema Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt. Dies muss sich dringend ändern, damit Inklusion auch weiterhin aktiv vorangebracht werden kann.

#Bürgerentlastung

Straßenausbaubeiträge: Beitragsmoratorium vorlegen

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen, so die Fraktion DIE LINKE. Ziel ihres Antrags ist daher, dass sich der Landtag zu dem Ziel bekennt, bis zum Ende des laufenden Jahres die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Gemeinden zu kompensieren. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzentwurf für ein Moratorium zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen vorzulegen, das bis zur endgültigen Verabschiedung der Änderung des Kommunalabgabengesetzes in den Kommunen für rechtliche Sicherheit für eine Aussetzung von Beitragserhebungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sorgen soll.

#Arbeit und Weiterbildung

Freistellung von der Arbeit für Maßnahmen der Weiterbildung

Sachsen-Anhalt hat im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgrund der Einschränkung auf berufsbezogene Weiterbildung eine relativ geringe Bildungsfreistellungsquote. Um dies zu verändern, beschreibt der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE eine erweiterte Themensetzung für den Rechtsanspruch eines/r Beschäftigten gegenüber der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber, während der Arbeitszeit an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE sollte die gesetzlich geregelte Bildungsfreistellung um die Themenfelder politische Bildung, ehrenamtsbezogene Bildung sowie kulturelle Bildung ergänzt werden.

#Kinder und Jugendliche

Das „Gute-Kita-Gesetz“ – Qualität weiterentwickeln und Teilhabe sichern

Am 1. Januar 2019 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung – auch Gute-Kita-Gesetz genannt – in Kraft getreten. Sachsen-Anhalt erhält bis 2022 ca. 147 Mio. Euro Bundesmittel. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher die Landesregierung auf, mit dem Bund zu vereinbaren, dass mit diesem Geld Familien, deren Einkommen bis zu 10 Prozent über der Grundsicherung nach SGB II liegt und die weder Wohngeld, noch Kinderzuschlag beziehen, von den Elternbeiträgen befreit werden. Zudem soll jede pädagogische Fachkraft eine Stunde Vor- und Nachbereitungszeit pro Woche erhalten. Darüber hinaus sollen zur Umsetzung des Bildungsprogramms Kindertageseinrichtungen auf Antrag bis zu 50.000 Euro Investitionskostenzuschuss erhalten können. Die Fraktion DIE LINKE sieht hierin wichtige Schritte hin zu einem Ausbau der Qualität der Kinderbetreuung und zu einer Entlastung einkommensschwacher Familien.

#aktuell debattiert

Deutsche Bahn & Co. – Irrweg der Privatisierung

Seit der Übernahme des Dieselnetzes in Sachsen-Anhalt durch das niederländische Staatsunternehmen Abellio zum Ende des vergangenen Jahres gab es von Beginn an Probleme aufgrund von Personalmangel, besonders bei den Lokführern. Es werden aus anderen Regionen und Unternehmen Lokführer entliehen, statt Zügen fährt im Süden des Landes aktuell nur Schienenersatzverkehr. Die Privatisierungspolitik ist offensichtlich mit ihrer „wettbewerbsfördernden“ Vergabepolitik auch im Bahnbereich gescheitert. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE das Thema im Rahmen einer aktuellen Debatte im Landtag diskutiert. Denn unserer Meinung nach ist der Öffentliche Nahverkehr eine wichtige Daseinsvorsorge, die von der Landesregierung verantwortungsvoll gewährleistet werden muss. Ohne einen funktionierenden ÖPNV sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen.

#Links wirkt

Strukturwandel - Landesverantwortung für Menschen und Umwelt endlich wahrnehmen

Die vergangene Landtagssitzung stand ganz im Zeichen des Berichtes der Kohlekommission. Nachdem die Fraktion DIE LINKE einen Antrag vorgelegt hatte, in dem sie die Landesregierung aufforderte, umgehend eine Stabsstelle einzurichten und dazu eine/n Beauftragte/n für den Strukturwandel in der Braunkohleregion Sachsen-Anhalts zu berufen, wurde auch in einer von der Fraktion Bündnis 90/Grüne angeregten aktuellen Debatte im Landtag zum Thema diskutiert. Die Stabsstelle sei so auszustatten, dass sie für alle mit dem Strukturwandel zusammenhängenden Prozesse, Projekte des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Fördermittel zentrale Ansprechpartnerin ist, diese unterstützt und koordiniert und gleichzeitig die Schnittstelle zum Bund und den anderen Bundesländern ist. Auch geht es nicht um blinden Aktionismus sondern eine nachhaltige, soziale und ökologische Entwicklung einer ganzen Region. Am Bericht der Kohlekommission ist reichlich Kritik zu üben, aber immerhin hat der Ministerpräsident in der aktuellen Debatte angekündigt, eine Stabsstelle bei der Staatskanzlei einzurichten.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 5. Februar 2019

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Dezember 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.